

Financial Stability Report 43 im Überblick

Der Krieg in der Ukraine belastet die Erholung der österreichischen Wirtschaft

Die Weltwirtschaft erholte sich im Jahr 2021 zwar zunehmend von der Pandemie, doch gegen Jahresende führten die steigende Inflation, Lieferengpässe und die Ausbreitung der Omikron-Variante erneut zu einer Konjunkturabschwächung. Die russische Invasion der Ukraine hat die Unsicherheit zusätzlich erhöht. Somit bleibt auch der Ausblick getrübt. Die Sanktionen gegen Russland werden zunehmend auch die europäische Wirtschaft treffen und das Wachstum im Euroraum belasten. Angesichts der gestiegenen Inflation hat die EZB ihr Wertpapierankaufprogramm gedrosselt und dessen Ende für das dritte Quartal 2022 angekündigt, gefolgt von potenziellen Zinserhöhungen.

Die österreichische Wirtschaft wird durch Lieferengpässe und den starken Preisanstieg gebremst. Dies führt dazu, dass Investitionsprojekte verschoben oder storniert werden. Im Jahr 2021 nahmen die Unternehmen nach dem deutlichen Rückgang des Vorjahres wieder vermehrt Außenfinanzierungen in Anspruch. Eigenkapital spielte dabei wieder eine stärkere Rolle als 2020; der weitaus überwiegende Teil der Außenfinanzierung erfolgte aber über Fremdkapitalinstrumente, insbesondere Bankkredite. Das Wachstum der Bankkredite beschleunigte sich in den letzten Monaten merklich und belief sich im März 2022 auf über 7 %, was auch im historischen Kontext der letzten Jahre als sehr hoch zu werten ist. Nachdem in den ersten Monaten des Jahres 2021 die zunächst noch lebhafteste Investitionstätigkeit den wesentlichsten Faktor für diese Expansion darstellte, verlagerte sich im weiteren Jahresverlauf und in den ersten Monaten des Jahres 2022 der Finanzierungsbedarf auf kurzfristige Finanzierungen von Lagerhaltung und Betriebsmitteln.

Die Schuldentragfähigkeit der österreichischen Unternehmen hat sich 2021 verbessert. Zwar erhöhte sich die Verschuldung, dies wurde aber durch den Anstieg des Bruttobetriebsüberschusses kompensiert. Die Verbesserung ging sowohl auf staatliche Unterstützungsmaßnahmen als auch auf Maßnahmen seitens der Unternehmen, wie etwa merklich geringere Gewinnausschüttungen, zurück. Im Jahr 2021 belief sich die Unternehmensverschuldung auf 321 % des Bruttobetriebsüberschusses, 9 Prozentpunkte weniger als im Jahr davor. Dem Anstieg der Verschuldung stand auf der Aktivseite eine beträchtliche Zunahme liquider Mittel gegenüber, die von den Unternehmen in der ersten Phase der Pandemie aufgebaut worden waren. Darüber hinaus verfügten die Unternehmen über hohe noch nicht ausgenützte Kreditlinien. Überdies waren die Kosten des Schuldendienstes dank günstiger Finanzierungsbedingungen weiterhin niedrig. Unternehmensinsolvenzen wurden in den Jahren 2020 und 2021 zwar deutlich seltener verzeichnet als vor Ausbruch der Pandemie, allerdings erreichten sie nach dem Auslaufen einiger staatlicher Hilfen und der Stundungen seit dem vierten Quartal 2021 wieder das vor der Pandemie beobachtete Niveau.

Risiken aus Wohnimmobilienfinanzierung nehmen zu

Die Sparquote der privaten Haushalte in Österreich ging 2021 von dem außergewöhnlich hohen Wert des Jahres 2020 zurück, blieb aber dennoch deutlich über dem vor Beginn der Pandemie verzeichneten Niveau. Parallel dazu blieb auch die Geldvermögensbildung der Haushalte hoch. Nach wie vor floss ein hoher Anteil davon in liquide Veranlagungen. Gleichzeitig stiegen die Kapitalmarktveranlagungen, insbesondere in Investmentfonds, deutlich an. Parallel dazu verzeichneten die

Kapitalmarktveranlagungen der Haushalte 2021 beträchtliche (unrealisierte) Bewertungsgewinne. In Anbetracht der rückläufigen Kurse auf den Kapitalmärkten gab es in den ersten Monaten des laufenden Jahres allerdings gegenläufige Entwicklungen.

Das Wachstum der Kredite an private Haushalte beschleunigte sich in den letzten Monaten weiter. Konsumkredite, die parallel zum rückläufigen Konsum zwei Jahre hindurch gesunken waren, verzeichneten in den vergangenen Monaten wieder positive Jahreswachstumsraten. Wie in den Jahren zuvor wurde das Kreditwachstum aber in erster Linie von den Wohnbaukrediten getragen, die angesichts günstiger Finanzierungsbedingungen und der anhaltenden Nachfrage nach Wohnraum weiter kräftig anstiegen und im März 2022 7 % über dem Vergleichswert des Vorjahres lagen. Diese Entwicklung trug dazu bei, dass die starke Preisdynamik auf dem österreichischen Wohnimmobilienmarkt unvermindert anhielt. Im ersten Quartal 2022 waren weiterhin Preiszuwächse über der 10-Prozent-Marke (jeweils im Vorjahresvergleich) zu verzeichnen. Die Preise weichen damit in starkem Maß von der Entwicklung der im OeNB-Fundamentalpreisindikator für Wohnimmobilien enthaltenen Fundamentalfaktoren ab.

Die systemischen Risiken, die sich aus der Dynamik der Wohnimmobilienkredite ergeben, haben sich in den letzten Jahren stetig erhöht und müssen durch gezielte Maßnahmen begrenzt werden. Österreichs Finanzmarktstabilitätsgremium (FMSG) erließ daher eine Empfehlung zum Einsatz makroprudenzieller kreditnehmerbezogener Instrumente. Diese sollen einerseits potenziellen Verlusten aus Wohnimmobilienfinanzierungen im Bankensektor vorbeugen und die damit verbundenen Risiken für die Stabilität des Finanzsystems und der Realwirtschaft reduzieren; andererseits schützen sie auch Kreditnehmer:innen vor übermäßiger Verschuldung. Konkret empfiehlt das FMSG der österreichischen Finanzmarktaufsicht (FMA): (1) eine Obergrenze für die Beleihungsquote bei Wohnimmobilienkrediten von 90 % festzusetzen (was einem Mindesteigenmittelanteil von rund 20 % entspricht), (2) die Schuldendienstquote mit höchstens 40 % zu begrenzen und (3) eine maximale Kreditlaufzeit von 35 Jahren einzuführen – all dies unter Berücksichtigung eines Ausnahmekontingents, welches Kreditinstituten ausreichend Flexibilität bei der Kreditvergabe ermöglichen soll. Um den sich beschleunigenden Aufbau von Systemrisiken hintanzuhalten, sollen diese Maßnahmen schnellstmöglich für neu vergebene Wohnimmobilienfinanzierungen an private Haushalte gelten. Aufgrund ihrer Rechtsverbindlichkeit und weil Wohnimmobilienkredite ein großer Wachstumstreiber sind, wird erwartet, dass sich das Kreditwachstum der Banken gegenüber dem aktuellen Trend verlangsamen wird und dadurch zyklische Risiken reduziert werden.

Österreichischer Finanzsektor erholte sich 2021 von der Pandemie

Der österreichische Bankensektor verzeichnete 2021 ein anhaltendes Wachstum. Die konsolidierte Bilanzsumme stieg aufgrund des dynamischen Kreditwachstums und der geldpolitischen Maßnahmen um 5 % auf 1,2 Billionen EUR. Der Gewinn der Banken verdoppelte sich im gleichen Zeitraum nahezu und belief sich auf 7,2 Mrd EUR – den höchsten Wert seit der globalen Finanzkrise. Dabei hat sich das konsolidierte Betriebsergebnis um knapp ein Fünftel erhöht, während die Kreditrisikokosten deutlich gesunken sind. Der Anstieg der Erträge war auf ein besseres Bewertungsergebnis und deutlich höhere Provisionserträge zurückzuführen. Der

leichte Anstieg des Zinsergebnisses war von Geschäftsvolumenausweitungen im Zuge der geldpolitischen Maßnahmen getragen sowie von einer Ausweitung der Kreditvergabe, während die Zinsmargen seit 2019 zurückgehen. Die Betriebsaufwendungen fielen dank geringerer Wertminderungen von Beteiligungen sowie eines geringeren Sachaufwandes. Geringe Kreditausfälle haben die Dotierung von Kreditrisikokosten deutlich reduziert und gemeinsam mit dem hohen Kreditwachstum zu einer Reduktion der NPL-Quote (also des Anteils notleidender Kredite) geführt. Allerdings sind rund ein Fünftel aller Kredite mit einem erhöhten Kreditrisiko behaftet.

Auch die österreichischen Tochterbanken in Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE) konnten im Jahr 2021 ihre Profitabilität markant erhöhen. Aufgrund eines stark gestiegenen operativen Ergebnisses und erheblich gesunkener Risikokosten wuchsen ihre Gewinne im Jahr 2021 um mehr als die Hälfte auf 3,0 Mrd EUR an. Der österreichische Bankensektor hat mit rund 23 Mrd EUR per Ende 2021 eine vergleichsweise hohe Exponierung gegenüber Russland, der Ukraine und Belarus. Die Gesamtvermögenswerte in diesen drei Ländern betragen aber nur 2 % der konsolidierten Bilanzsumme.

Obwohl sich die breite internationale Streuung der Auslandsaktivitäten des österreichischen Bankensektors in der Vergangenheit als vorteilhaft erwiesen hat und ein Großteil des Geschäfts innerhalb der EU verortet ist, waren Russland, und zu einem gewissen Grad auch die Ukraine, in den vergangenen Jahren maßgebliche Gewinntreiber des CESEE-Geschäfts der österreichischen Banken. Aufgrund der Implikationen der russischen Invasion der Ukraine und der dadurch drohenden Auswirkungen auf Österreich beobachten Banken und Aufsichtsbehörden seit Anfang des Jahres 2022 die Situation sehr genau und führen laufend Analysen der kriegsbedingten Konsequenzen für die Geschäftsmodelle und die Risikotragfähigkeit durch. Auch dank proaktiver Maßnahmen seitens der Aufsicht bestehen die Bilanzen der österreichischen Tochterbanken in Russland, der Ukraine und Belarus zu einem großen Teil aus lokal refinanzierten Kundenkrediten in heimischer Währung, und die in CESEE aktiven österreichischen Mutterbanken verfügen über makroprudenzielle Kapitalpuffer. Durch die erfolgreichen risikomindernden Maßnahmen der letzten Jahre erscheinen die Erstrundeneffekte aufgrund des Kriegs in der Ukraine aktuell verkräftbar, wenngleich Zweitrundeneffekte, wie zum Beispiel eine schwächere Wirtschaftstätigkeit verbunden mit einer Verschlechterung der Kreditqualität, die Geschäftsperspektiven der Banken in Zukunft eintrüben können.

Die im Vergleich zur Finanzkrise 2008 deutlich verbesserte Kapitalisierung des österreichischen Bankensystems ermöglichte es den heimischen Instituten, die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie zu meistern und ihre Rolle im Wirtschaftssystem uneingeschränkt zu erfüllen. Die verbesserten Kapitalquoten halfen mit, das Vertrauens in den Bankensektor zu bewahren, und beeinflussten externe Einschätzungen positiv, wozu auch die strukturellen makroprudenziellen Kapitalpuffer einen Beitrag leisteten. Allerdings sanken aufgrund einer Kombination aus steigenden risikogewichteten Aktiva und einer Wiederaufnahme der Gewinnausschüttungen die Kapitalquoten im Jahr 2021 leicht. Die harte Kernkapitalquote des österreichischen Bankensektors lag Ende 2021 bei 15,7 % und somit 36 Basispunkte unter dem Vergleichswert des Vorjahres. Diese Reduktion vergrößerte den

Rückstand gegenüber dem europäischen Durchschnitt, vor allem bei den großen österreichischen Kreditinstituten.

Das österreichische Bankensystem befand sich 2021 in einer günstigen Liquiditätssituation und ist auf eine restriktivere Geldpolitik gut vorbereitet. Steigende Zinsen bergen Chancen wie auch Risiken: Einerseits könnten die Zinsmargen ansteigen, andererseits auch die Risiken für heimische Kreditnehmer:innen, da trotz eines deutlichen Rückgangs nach wie vor fast jeder zweite Neukredit an private Haushalte variabel verzinst ist. Die Bankenaufsicht verfolgt diese Entwicklung vor dem Hintergrund möglicher Zinserhöhungen daher genau. Auch die Risiken durch den Klimawandel und die zunehmende Digitalisierung (einschließlich Cyberrisiken) kommen immer mehr in den Fokus der Aufsicht.

Österreichische Versicherungen, Pensionskassen und Investmentfonds verzeichneten 2021 eine starke Erholung ihrer Profitabilität. Diese Entwicklung fußt auf günstigeren wirtschaftlichen Bedingungen und positiven Entwicklungen auf den Finanzmärkten. Die Solvenz der heimischen Versicherungsbranche war weiter hoch, da über zwei Drittel aller Versicherungsunternehmen mehr als doppelt so viel Eigenkapital halten wie vorgeschrieben.

Empfehlungen der OeNB zur Stärkung der österreichischen Finanzstabilität

Der österreichische Bankensektor sieht sich erneut mit herausfordernden Zeiten konfrontiert. Es ist deshalb einerseits wichtig, bereits erzielte Verbesserungen in Hinblick auf die Resilienz zu bewahren, andererseits müssen sich die Banken gegen neue Risiken wappnen. Die OeNB empfiehlt den Banken daher:

- eine nachhaltige Stärkung ihrer Kapitalbasis, u. a. durch Zurückhaltung bei der Gewinnverwendung,
- die Sicherstellung nachhaltiger Kreditvergabestandards in Österreich und in CESEE,
- die Gewährleistung einer adäquaten und vorausschauenden Wertberichtigungs politik (insbesondere angesichts der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie und des Kriegs in der Ukraine),
- weitere Effizienzsteigerungen zur Sicherung einer nachhaltigen Profitabilität und
- die Entwicklung und Umsetzung geeigneter Strategien zum Umgang mit Herausforderungen aufgrund neuer Informationstechnologien, gestiegener Cyberrisiken und des Klimawandels.